

FREIHEIT, GLEICHHEIT UND SOLIDARITÄT

Die Bedeutung der Grundwerte der Französischen Revolution für die Europäische Union und für die Schweiz

Vortrag vom 14. Mai 2014 im Rastatter Residenzschloss,
Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegung in der deutschen Geschichte

Gret Haller

Meine Damen und Herren

zunächst möchte ich der Erinnerungsstätte ganz herzlich danken für die Einladung. Ursprünglich war der Termin nicht nur, aber auch im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament gewählt worden. Damals beschränkte sich der Titel auf die Bedeutung der Grundwerte der Französischen Revolution für die Europäische Union. Nun ist aber am 9. Februar in der Schweiz in einer Volksabstimmung eine Verfassungsänderung angenommen worden, welche eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit zur Folge haben könnte. Aus jenen Mitgliedstaaten der Union, in welchen sich nationalistisch oder europafeindlich gesinnte Parteien am rechten Rand des Spektrums gebildet haben, ertönte zum Teil unverhohlene Zustimmung zu diesem Resultat, und dies quer durch Europa. Das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union wurde unter verschiedenen Prämissen diskutiert. Dies ist der Grund, warum ich nun die Bedeutung der Grundwerte der Französischen Revolution nicht nur für die Europäische Union, sondern danach auch für die Schweiz diskutieren möchte. Es werden sich dabei auch Parallelen ergeben.

Im Originaltext lautete der Ruf der Revolution "Liberté, Egalité, Fraternité". Freiheit ist 1789 nicht zu trennen vom zweiten Begriff, der Gleichheit. Aber diese Gleichheit hatte damals kaum wirtschaftliche Bedeutung. Ein Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Versammlung, Rabaut Saint-Étienne, sagt es deutlich: "Damit ist nicht gemeint, dass alle gleich an Wuchs, an Talenten, Fleiss oder Besitztümern sind, was absurd wäre, sondern das sie *gleich an Freiheit* sind." ¹ Freiheit bedeutet, gleichen Anteil zu haben an der Souveränität, welche dem Adel und dem Klerus im revolutionären Akt entrissen worden ist. Die Freiheit der französischen Revolution ist eine politische Freiheit. Sie manifestiert sich in der allen Bürgern gleichermassen zuerkannten Staatsbürgerschaft. Und hier kommt nun die Brüderlichkeit ins Spiel. In der französischen Verfassung von 1791 ist der folgende Passus enthalten: "Es sollen Nationalfeste eingeführt werden, um die Erinnerung an die Französische Revolution zu bewahren, die Brüderlichkeit unter den Bürgern zu stärken und sie an die Verfassung, das Vaterland und die Gesetze zu binden." Diese Festlichkeiten sollen eine bestimmte Art des Gleich-Seins erfahrbar machen. Es ist ein politisches Gleich-Sein.

Ökonomische Gleichheit wurde nicht angestrebt, aber die politische Gleichheit, die in der Brüderlichkeit erlebbar wurde, machte die ökonomischen Unterschiede erträglich. Die sozialen Unterschiede sollten nicht behoben werden, sondern sie sollten durch die affektive Intensität des Gemeinschaftslebens so stark zurückgedrängt werden, dass Vermögensungleichheiten gewissermassen zur »Privatsache« werden könnten. Abé Sieyès, der berühmte Verfasser der Schrift über den "Dritten Stand", sagte einmal, dass die öffentlichen Besitztümer wie

Bürgersteige, Strassenlaternen, Gärten, Säulengänge, öffentliche Feste, etc. allen gehören und der Gleichheit dienen würden, während "der persönliche Gewerbeleiss, der nach Ungleichheit trachtet, die Gesellschaft bereichert und sich somit zum Vorteil aller auswirkt." ² Die ökonomische Ungleichheit sollte also durchaus bestehen bleiben, aber sie sollte in der gleichen politischen Zugehörigkeit aufgefangen werden.

Ein letztes Element der Brüderlichkeit kann nicht unerwähnt bleiben. Alle drei Grundbegriffe der Revolution sind nicht auf die französische Nation beschränkt, sondern sie haben einen universellen Anspruch. Darum spricht die französische "Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen" ja auch sowohl von Bürgern – also französischen Bürgern – , *und* von Menschen, also von allen Menschen. Freiheit und Gleichheit setzten sich damals in einem bestimmten geografischen Raum durch, nämlich innerhalb der Grenzen eines bestimmten Nationalstaates. Nur die Brüderlichkeit ist eine Vorstellung, welche auch schon damals über diesen nationalen Rahmen hinausweist. Die Erlebbarkeit von Freiheit und Gleichheit findet im nationalen Rahmen statt. Brüderlichkeit ist aber auch breiter erlebbar, denn sie basiert auf einem Menschenbild der Zugehörigkeit aller, die in der selben Gesellschaft leben. Und dieses Menschenbild ist universal, es lässt sich in jeder Gesellschaft verwirklichen. Der Gedanke der Brüderlichkeit ist es, welcher letztlich jeden nationalen Rahmen durchbricht, aus dem er einmal hervorgegangen ist.

Darauf möchte ich kurz noch näher eingehen. Brüderlichkeit als Begriff ist dem familiären Bereich entliehen worden, und dies vor allem deshalb, weil damit das empathische Element betont werden kann. Dank dieser Empathie wird es möglich, im anderen Menschen das gleiche "Mensch-Sein" zu erkennen wie in sich selber. Neben diesem "Mensch-Sein", das mir aus dem Anlitz des anderen Menschen entgegentritt und in dem sich mein eigenes "Mensch-Sein" spiegelt, treten alle anderen Differenzen zurück, Rasse, nationale oder ethnische Zugehörigkeit, und anderes mehr. Am schönsten kommt dies wohl in Schillers "Ode an die Freude" zum Ausdruck, nämlich in der Zeile "Alle Menschen werden Brüder".

Die Grundbegriffe der Französischen Revolution waren manchen äusseren Einflüssen ausgesetzt. Zunächst beendete Napoleon die Revolution bekanntlich schlagartig durch einen Staatsstreich. Dass er danach ganz Europa mit Kriegen überzog und sich diesen Kontinent ausser England weitgehend unterwarf, hatte Konsequenzen. Die deutsche Nation im Sinne eines Nationalstaates existierte während der napoleonischen Besetzung zwar noch längst nicht. Dennoch hat Napoleon den Boden vorbereitet für die Bildung einer gegen Frankreich gerichteten deutschen nationalen Identität.

Die entscheidenden Veränderungen im Umfeld der drei Grundbegriffe resultierten aber im 19. Jahrhundert aus der industriellen Revolution und dem Aufkommen des Kapitalismus. Mit der durch die Industrialisierung verursachten Verarmung ganzer Bevölkerungssegmente erhielt die Gleichheit eine ökonomische Bedeutung, die in der Revolution noch nicht vordergründig gewesen war. Von konservativer Seite wurde diese ökonomische Gleichheit als Wert diskreditiert, indem man sie als mit der Freiheit unvereinbar darstellte. Sozialismus und Marxismus gaben ihre eigenen Antworten zu diesen Fragestellungen. Umstritten war in auch, ob das Wohlergehen der Arbeiterschaft am wirksamsten durch freien Aussenhandel gefördert werde oder besser durch einen Nationalprotektionismus, welcher immer

auch fremdenfeindliche Züge trug. England und Frankreich gingen da verschiedene Wege.

Aufgefangen wurden diese Kontroversen in den Wohlfahrtsstaaten, welche sich Ende des 19. Jahrhunderts langsam herausbildeten. Schon Napoleon III. hatte während des Zweiten Kaiserreiches in Frankreich das Genossenschaftswesen gefördert, und etwas später führte Bismarck in Deutschland die ersten Sozialversicherungen ein. Nun kam der Begriff der Solidarität auf, der diesen Versicherungssystemen zu Grunde liegt. In ganz Europa – in den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Weise – setzte sich eine neue Sicht des Staates in Richtung einer zunehmenden Staatstätigkeit durch. Der erste Weltkrieg verstärkte die Solidarität noch weiter, sie war nun auch in den Schützengräben praktisch erlebt worden. Aber es war eine ausdrücklich nationale Solidarität.

Der ursprüngliche Begriff der Brüderlichkeit ist also nicht deshalb durch jenen der Solidarität ersetzt worden, weil man etwa das Fehlen der Schwesterlichkeit entdeckt hätte. Der universale Aspekt der Brüderlichkeit, der letztlich jeden nationalen Rahmen überschreitet, war in dieser betont nationalen Form der Solidarität einfach nicht mehr enthalten. Als Bruder bezeichnete man jetzt den nationalen und vor allem den militärischen Kampfgefährten. Im Rahmen der nationalen Solidarität wurde die Gleichheit hochgehalten. Aber diese Gleichheit war sehr national definiert, sie trug teilweise sogar identitäre Züge, beruhte also auf der Abgrenzung vom "anderen", vor allem der anderen Nationen. So bereitet sich damals das Terrain dafür vor, dass die Gleichheit der Versuchung der Homogenität erliegen konnte. Schlüsselbegriffe zu dieser Vorstellung von Gleichheit sind neben der Homogenität die Identität. Gleich sind nur jene, die nicht nur ein bestimmtes Merkmal aufweisen, sondern auch ihre Identität vor allem aus diesem Merkmal ableiten, im schlimmsten Falle ausschliesslich über dieses Merkmal. Deshalb der Begriff der "identitären Gleichheit", wie ihn der französische Historiker Pierre Rosanvallon verwendet.

Die Oktoberrevolution in Russland öffnete 1917 die Schleusen zu solchen identitären Gleichheitsvorstellungen, denn das kommunistische Individuum existierte nur als Bestandteil eines Ganzen. Der italienische Faschismus und insbesondere der Nationalsozialismus definierten die Gleichheit neu und auf ihre Weise, die als Identität und Homogenität des Volkes verstanden wurde. Ausgrenzung nach innen und Abgrenzung nach aussen waren Voraussetzungen für dieses identitäre Gleichheitsverständnis, auf das ich zurückkommen werde.

Nun war die Freiheit in ihren Grundfesten tangiert. Die politische Freiheit der Französischen Revolution hatte zwar immer wieder Rückschläge erlitten. Republiken waren durch Monarchien abgelöst worden, oder republikanische Ansätze scheiterten an anderen Randbedingungen, wie zum Beispiel die Paulskirchen-Verfassung. Aber dies waren immer Rückschläge im Rahmen einer gesamteuropäischen langsamen Vorwärtsbewegung. Erst der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts beendete die grosse Linie der französischen Revolution und deren Grundbegrifflichkeiten in Europa.

So wurde denn 1945 zum Jahr des grossen Durchbruches der wiedererlangten Freiheit, in Mitteleuropa allerdings nur für eine kurze Zeitspanne. 1945 brachte aber in Westeuropa vor allem auch den Durchbruch der Solidarität, in

welchem sich der Begriff der Sozialen Sicherheit rasch durchsetzte. Soziale Sicherheit wurde so verstanden, dass man sich am unteren Ende der Skala in einem bestimmten Rahmen auf ökonomische Gleichheit sollte verlassen können. Im Schatten der beiden grossen Akteure des Kalten Krieges entwickelten alle westeuropäischen Länder Komponenten der Sozialstaatlichkeit, wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität.

Nun möchte ich näher auf die identitären Gleichheitsvorstellungen eingehen, welche zu den Menschheitsverbrechen des Zweiten Weltkrieges geführt haben. Wie bereits erwähnt entsteht identitäre Gleichheit durch zwei Grenzziehungen, eine nach aussen und eine nach innen. Beide beruhen auf dem Muster "Wir" gegen die "Anderen", oder anders gesagt auf der Einteilung in Freund und Feind. Die Identität wird exklusiv in zwei Hinsichten, nämlich dass man erstens im Sinne von "Exklusivität" etwas besonderes sei, und dass man sich zweitens im anderen Sinne der Wortbedeutung abgrenzen müsse, das nicht dazu passende also ausgrenzen, "exkludieren". Gerade deshalb bedingen sich die beiden Grenzziehungen gegenseitig. Damit man sich nach aussen abgrenzen kann, muss man im Innern möglichst homogen sein, das Nicht-Zugehörige also bekämpfen. So kommt es zu einem identitären Verständnis der Gleichheit, welches auf ausgrenzender Homogenität beruht. In der geschichtlichen Entwicklung gibt es dazu verschiedene Ansätze, so zum Beispiel im bereits erwähnten nationalen Protektionismus des 19. Jahrhunderts. Die konsequenteste Form findet sich im völkischen Nationalismus, der im Zweiten Weltkrieg seinen entsetzlichen Höhepunkt fand. Auf dem selben Phänomen beruhten die Balkankriege der Neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Das kaum mehr verwendbare Wort der "ethnischen Säuberung" sagt alles, es ist sprachlich identisch mit "völkischer Säuberung".

Diese identitäre Gleichheitsvorstellung war es denn auch, welche durch die Gründung der heutigen EU an der Wurzel angegangen werden sollte, nämlich über die Personenfreizügigkeit. Verbunden mit den anderen drei Grundfreiheiten sollte sie den Austausch über die Landesgrenzen hinweg ermöglichen. Und dies aufgrund der einfachen Einsicht, dass das Kennenlernen von Menschen aus anderen Ländern der identitären Abgrenzung entgegenwirkt. Lassen Sie mich zur Illustration etwas vorwegnehmen, und zwar einen bestimmten Aspekt des Schweizerischen Abstimmungsresultates vom 9. Februar dieses Jahres. Praktisch alle grossen Städte und viele Agglomerationsgemeinden haben die Einwanderungsbeschränkung abgelehnt. Das sind durchwegs jene Gebiete mit einem verhältnismässig hohen Ausländeranteil. Ländliche Gebiete mit kleinen Ausländeranteilen haben der angestrebten Einwanderungsbeschränkung zum Durchbruch verholfen. Mit andern Worten ist die Angst vor dem Fremden um so geringer, je mehr die einheimische Bevölkerung Gelegenheit hat, mit eingewanderten Personen in Kontakt zu kommen. Die EU braucht keinen Beweis, dass persönliche Kontakte über die Grenzen hinweg das Vertrauen zwischen den Nationen stärkt, denn sie ist selber der Beweis dafür. Aber würde die EU eines solchen Beweises bedürfen, so hätte ihn das Nichtmitgliedland Schweiz mit diesem Aspekt des Abstimmungsresultates in schönster Form geliefert.

Die friedenssichernde Idee der Europäischen Union beruht darauf, die Versöhnungsarbeit von der Ebene der Nationen gleichsam auf die persönliche Ebene des Bürgers und des Bürgerin herunter zu projizieren. Darin kommt ein Aspekt der alten "Brüderlichkeit" zum Ausdruck. Wenn man den Anderen, den

Fremden, kennen lernt - und sei es auch nur dadurch, dass man mit ihm Handel treibt -, dann erkennt man im anderen Menschen das selbe "Mensch-Sein" wie in sich selber. Hört man heute die Parolen europafeindlicher Parteien, dann fragt man sich, wie dieser Aspekt der "Brüderlichkeit" so in Vergessenheit geraten können. Ein Stichwort dazu lautet "Globalisierung", und darauf möchte ich nun näher eingehen.

Die Europäische Union ist in den Sog der Globalisierung geraten, wie alle ihre Mitgliedstaaten auch. Insoweit Globalisierung freien Handel bedeutet, liegt es in der ureigenen Aufgabe der Union, diesen Vorgang sogar zu beschleunigen. Zwar werden die Auswirkungen der Globalisierung von vielen als Chance gesehen, so zum Beispiel die unermesslichen Kommunikationsmöglichkeiten des Internets. Aber es kann nicht übersehen werden, dass es auch Verlierer gibt in dieser Globalisierung. Der weltweite Wettbewerb - und auch jener innerhalb der Union - führt in manchen Staaten zum Rückbau der Sozialstaatlichkeit, so dass die sozialen Netze dünner werden. Das verbreitet Angst. Freier Handel hat die Tendenz, nicht nur soziale sondern auch ökologische Standards nach unten zu nivellieren, was viele kritisieren. Wirtschaftswachstum bedeutet in vielen Fällen Wachstum im Verbrauch natürlicher Ressourcen, auch dies ein Kritikpunkt, der aber die einzelnen Staaten genauso betrifft. Schliesslich die Finanz- und die Euro-Krise, und mit diesem Fächer von Stichworten ist die Liste dessen noch längst nicht abschliessend aufgezählt, was heute Ängste auslösen kann. Was den Abbau von Sozialstaatlichkeit betrifft, ist Europa übrigens besonders sensibilisiert, weil sich hier aus den dargelegten Gründen die sozialen Netze nach dem Zweiten Weltkrieg weiter entwickelt haben als anderswo.

Aus all diesen Gründen schlägt Globalisierungskritik heute ziemlich brutal auf die Europäische Union zurück. Die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes ist auch unter diesem Aspekt von grosser Bedeutung. Dass in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zunächst der Freihandel und erst danach in der Union die demokratischen Institutionen eingerichtet und deren Kompetenzen kontinuierlich erweitert wurden, ergibt sich aus der Entwicklungsgeschichte der Union. Diese Geschichte wurzelt in der Überzeugung, dass nicht nur die Staaten miteinander versöhnt werden sollen, sondern auch die einzelnen Bürger. Nun stellen diese aber fest, dass den negativen Folgen der Globalisierung innerhalb der Union durch demokratische Einflussnahme nur beschränkt beizukommen ist. Sie wollen sich über die Wahlen in Parlamente demokratisch einbringen, in der Absicht, die sozialen und ökologischen Negativ-Konsequenzen der Globalisierung durch einen entsprechenden öffentlichen Ordnungsrahmen zu mildern - übrigens auch die ökonomischen Negativ-Konsequenzen, Stichwort Finanzkrise. Unter diesem Aspekt ist es eigentlich verständlich, dass globalisierungsbedingte Ängste die Idee der Renationalisierung aufkommen lassen, denn demokratische Einflussnahme über Parlamente ist im nationalen Rahmen nach wie vor wirksamer garantiert als im Rahmen der Union.

Das Phänomen, von dem nun aber die Rede sein muss, ist das Zusammenwirken von zwei verschiedenen Begründungen in der Europegegnerschaft, die eigentlich gar nicht zusammengehören. Die eine Begründung gegen Europa liegt in jener Renationalisierungstendenz, welche durch die eben beschriebenen globalisierungsbedingten Ängste gespeist wird. Diese Haltung möchte ich eigentlich lieber als Europakritik bezeichnen. Die andere

Begründung beruht auf den erwähnten identitären Gleichheitsvorstellungen, welche vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Verbreitung fanden. Ich habe sie umschrieben mit dem Muster "Wir" gegen die "Andern", oder anders gesagt auf der Einteilung in Freund und Feind. Nur diese bezeichne ich hier als eigentliche Europafeindlichkeit.

In jeder Gesellschaft gibt es Menschen mit identitären Gleichheitsvorstellungen. Als gleich wollen sie nur jene Menschen betrachten, welche gewisse Eigenschaften mit ihnen gemeinsam haben, sei dies die Staatsangehörigkeit, die Religion, die ethnische Herkunft, das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung, und unter Umständen sogar die Rasse. Deshalb funktionieren sie mehr oder weniger nach dem Freund-Feind-Schema. Übrigens tragen wir alle ein wenig diese Freund-Feind-Mentalität auch in uns. Ein für allemal besiegen können wir solche Regungen in uns selber nie, aber wir können lernen, sie zu erkennen und damit besonnen umzugehen. Genau so wäre es verfehlt, Menschen, die so denken, gesellschaftliche ausgrenzen zu wollen, denn dann würde man genau die selben Methoden anwenden, die man ihnen gegenüber kritisiert. Vorbehalten bleibt natürlich die strafrechtliche Verfolgung, zum Beispiel wegen rassistischen Äusserungen.

Dass Menschen mit solchen identitären Gleichheitsvorstellungen genau jener Methode nicht viel abgewinnen können, welche Europa nach dem zweiten Weltkrieg gewählt hat, um die einzelnen Bürger auf diesem Kontinent miteinander zu versöhnen, liegt auf der Hand. Denn diese Methode zielte ja gerade darauf ab, die identitären Gleichheitsvorstellungen zu überwinden, welche zu den Entsetzlichkeiten des Zweiten Weltkrieges geführt hatten, Ausgrenzung nach innen und Abgrenzung nach aussen. Die Europafeindlichkeit dieser Kreise ist also eine grundsätzliche, um nicht zu sagen eine fundamentale. Sie hat mit globalisierungsbedingten Ängsten wenig zu tun. Dennoch artikuliert sie sich in einer Weise, welche von der globalisierungsbedingten Europakritik äusserlich oft kaum zu unterscheiden ist. Bevor ich näher auf dieses ungleiche Paar eingehe, möchte ich nun auf die Schweiz zu sprechen kommen, denn es werden einige Parallelen sichtbar sein.

Einige Wochen nach der Schweizer Abstimmung besuchte Ihr Bundespräsident unser Land und sagte im Vorfeld etwas sehr sympathisches: Die Schweiz komme ihm vor wie ein kleines Europa. In der Tat ist die Schweiz ebenfalls dadurch entstanden, dass nach und nach immer mehr Kantone dem kleinen Staatenbund beigetreten sind, der sich schon im 14. Jahrhundert in der Zentralschweiz gebildet hatte. Napoleon eroberte auch die Schweiz, und er verwandelte die damals bestehenden Untertanengebiete kurzerhand in eigene Kantone. Im Gefolge der in Frankreich gescheiterten Julirevolution ging die Hälfte der Kantone nach 1830 zu einer republikanischen Verfassung über. 1847 kam es zu einer kriegerischen Konfrontation zwischen diesen Kantonen und den Katholisch-Konservativen der Zentralschweiz. Die siegreichen Liberalen gründeten 1848 den Bundesstaat und schufen einen Binnenmarkt über die Kantonsgrenzen hinweg. Damals wurde die Schweiz zum Zufluchtsort zahlreicher Revolutionsflüchtlinge. Auf einen von ihnen werde ich noch zurückkommen.

Die Rezeption der Grundwerte der Französischen Revolution in der Schweiz unterscheidet sich nicht vom übrigen Europa, ausser dass sie relativ früh stattfand. Nur in der Schweiz gelang sozusagen die 1848er Revolution. Damals waren wir der Zeit voraus, was seit dem Zweiten Weltkrieg nun nicht mehr der Fall ist. Dass der

Beitritt der Schweiz zu allen internationalen Organisationen verglichen mit den übrigen westeuropäischen Staaten sehr spät erfolgte, ist nicht nur, aber auch darauf zurückzuführen, dass dieses Land von beiden Weltkriegen verschont geblieben ist. Dem 1949 gegründeten Europarat trat die Schweiz erst 1963 bei, der UNO sogar erst 2002, nachdem eine erste Volksabstimmung über den Beitritt im Jahre 1986 noch zu einem negativen Ergebnis geführt hatte. Der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen erfolgte erst 1992. Dass das längere Warten auf einen Beitritt zur Europäischen Union einen solchen noch nicht ausschliesst, liegt unter diesen Umständen auf der Hand.

Und damit sind wir mitten im Thema der Abstimmung vom vergangenen Februar angelangt, die sich in unsere Tradition der direkten Demokratie einreihet. Auch dazu hat sich Ihr Bundespräsident anlässlich seines Besuches in der Schweiz geäußert, und er hat die direkte Demokratie unter gewissen Umständen auch als eine Gefahr bezeichnet. Das war mit Verlaub – und bei allem Respekt vor Ihrem Bundespräsidenten – keine sehr hilfreiche Bemerkung, wenig hilfreich vor allem für jene, die zu den Abstimmungsverlierern gehören. Deshalb möchte ich kurz auf dieses Thema eingehen.

Direkte Demokratie kann sich nur langsam entwickeln, man muss in sie hineinwachsen. Ich bin überzeugt, dass direkte Demokratie nicht politische Verantwortungslosigkeit fördert, sondern durchaus das Gegenteil. Möglicherweise gibt es in der Schweiz weniger sogenannte Wutbürger als anderswo, denn mindestens vier mal im Jahr kann man sich zu Sachfragen äussern. Vor allem aber ist direkte Demokratie nicht etwas Statisches, sondern sie ist ein Prozess, weil sie auf der ständigen Auseinandersetzung zwischen den Bürgern mit ihren verschiedenen Meinungen beruht. Und hier möchte ich nun auf den Revolutionsflüchtling zurückkommen, der, wie ich gehört habe, auch in diesem Hause seine Erwähnung findet, weil er ein Süddeutscher ist. Julius Fröbel heisst er, geboren 1805, 1833 nach Zürich emigriert und dort politisiert, dann 1848 Mitglied der Paulskirchen-Versammlung. Schon 1847 hatte er zwei Bände mit dem Titel "System der socialen Politik" publiziert, eine staatsrechtliche und staatsphilosophische Abhandlung.

Er befürwortet das Mehrheitsprinzip unter der Bedingung, dass eine öffentliche Diskussion und Meinungsbildung stattfindet, und dazu führte er folgendes aus: "Die erste Entscheidung, nämlich dessen was Recht ist, also die theoretische Bestimmung des Rechtes, geht auf dem Wege aller Theorie durch das Denken der Vernunft vor sich. Das Nachdenken führt hierüber Jeden zu seinen Ueberzeugungen, – die Discussion läßt diese Ueberzeugungen, wie sie sich im Geiste verschiedener Menschen entwickelt haben, auf einander wirken, klärt sie auf und erweitert den Kreis der Anerkennung." ³ Fröbel glaubte an die Aufklärbarkeit der Menschen. Und dann umschreibt er seine Vorstellung vom Schutz der Minderheit, die er als Minorität bezeichnet: "Man verlangt keineswegs von der Minorität indem sie auf ihren *Willen* resigniert, daß sie ihre Meinung für *irrig* erkläre, ja man verlangt nicht einmal daß sie ihren *Zweck aufgabe*, sondern nur daß sie auf die praktische Anwendung ihrer Ueberzeugung *so lange* verzichte bis es ihr gelungen ist, ihre Gründe besser geltend zu machen und sich die nöthige Zahl von Beistimmenden zu verschaffen. Dieses Verfahren ist aber so vollkommen in der menschlichen Natur begründet, entspricht so vollständig dem Verhältniß der Geistesthätigkeiten, dass nur Unverstand und Aberwitz, oder absichtliche Verkennung dagegen auftreten kann." ⁴ Das Verhältnis

zwischen Mehrheit und Minderheit ist ein prozessuales, das sich durch die öffentliche Diskussion immer wieder verändert. Und Fröbel spricht ausdrücklich davon, dass sich auf dem Weg der Überzeugung der Irrtum reduzieren lasse.⁵

Was ich mit Fröbel zu illustrieren versucht habe, gilt genau so für die Parlamentarische Demokratie, aber in der direkten Demokratie ist es viel unmittelbarer. Nicht nur Parlamentsmitglieder müssen überzeugt werden, sondern jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin. Die direkte Demokratie bildet einen der entscheidenden Unterschiede zwischen der Schweiz und anderen europäischen Ländern. Es gibt zur Zeit aber noch einen weiteren Unterschied, auf den ich hinweisen muss, bevor ich auf die Gemeinsamkeiten in der EU-Gegnerschaft zu sprechen komme. Meines Wissens wird in keinem Mitgliedstaat der Union die Personenfreizügigkeit an sich in Frage gestellt, sondern es geht um Dinge wie Missbrauch von Sozialleistungen und ähnliches. Allerdings kann ein Austritt aus der Union, wie er von einigen Parteien verlangt wird, auch zu einem Abbau der Personenfreizügigkeit führen. Die Abstimmung über die Einwanderung vom 9. Februar in der Schweiz ist diesbezüglich klar. Sie will die bereits vereinbarte Freizügigkeit rückgängig machen. Jene Kreise, von denen dieses Initiativbegehren ausgegangen ist, haben sich bisher auch immer wieder durch Volksbegehren hervorgetan, welche ganz bewusst die Verletzung von Völkerrecht in Kauf genommen haben, zum Beispiel die verfassungsmässige Festschreibung eines Verbotes der Errichtung von Minaretten. Sie verlangen darüber hinaus die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz, auf parlamentarischer Ebene haben sie solche Begehren bereits formuliert. Die fundamentale Europafeindlichkeit in der Schweiz ist also auch eine generelle Völkerrechtsfeindlichkeit. Das kann man von den analogen Tendenzen in den Mitgliedstaaten der Union wohl kaum sagen.

Nach dieser Nennung von Unterschieden möchte ich nun auf die Gemeinsamkeiten der Europegegnerschaft in den Mitgliedstaaten der Union und in der Schweiz zu sprechen kommen. Wie ich bereits erwähnt habe, gibt es in jeder Gesellschaft Menschen, die auf dem Freund-Feind-Schema mit seiner Ausgrenzung nach innen und Abgrenzung nach aussen beharren. Sie können - und sie wollen vor allem - Politik als solche nur entsprechen diesem Muster überhaupt verstehen. Das gemeinsame der EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz besteht nun darin, dass dieses in jeder Gesellschaft normalerweise relativ kleine Segment des politischen Spektrums aus den globalisierungsbedingten Ängsten Kapital schlägt.

Weil sich die fundamentale Europafeindlichkeit dieses normalerweise relativ kleinen Segmentes in den konkreten Forderungen wenig unterscheidet von jener Europakritik, die auf globalisierungsbedingten Ängsten basiert, haben die Fundamental-Gegner relativ leichtes Spiel. Die beiden Feindbilder nach innen und nach aussen, die sie für die Umsetzung ihres Verständnisses von Politik benötigen, bieten sich geradezu in idealer Weise an: Gegen aussen ist der Feind die Union, und gegen innen sind die Feinde die Fremden, welche dank der Personenfreizügigkeit in unsere Länder kommen. Längst nicht alle Wähler der europegegnerschaftlichen Parteien in den Mitgliedsländern der Union gehen einig mit der fundamentalen Europafeindlichkeit. Aber es wird ihnen durch diese Parteien weisgemacht, die Union sei an allem schuld, was ihre Ängste hervorgerufen hat. Damit täuschen sie übrigens ihre Anhänger recht erheblich, denn die Union als Ganzes ist weit besser in der

Lage, unerwünschten Auswirkungen der weltweiten Globalisierung entgegenzutreten, als es die einzelnen Mitgliedstaaten sind.

Die Volksabstimmung in der Schweiz ist ebenfalls ein gutes Beispiel für derartige Täuschungsmanöver. Der harte Kern der Initianten, dem es um nichts anderes geht als um die völlige Abtrennung der Schweiz von der Union, behauptete unverfroren, die Einschränkung der Personenfreizügigkeit durch die Einführung von Kontingenten würde die bestehenden bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Union nicht gefährden. Als Regierung und Vertreter der Union unzweifelhaft klarstellten, dass dem nicht so sei, wurden sie mit solchen Behauptungen zwar etwas leiser, um dann nach der Abstimmung ihr eigentliches Ziel um so lauter wieder zu bestätigen. Sie wussten sehr genau, dass in der Schweiz eine fundamentale Europafeindlichkeit nicht mehrheitsfähig ist. Und ich kann Sie versichern: Sie wird es auch nie werden.

Gemeinsam ist der Europagegnerschaft in den Mitgliedstaaten der Union und in der Schweiz die Beschwörung der nationalen Identität. Dazu möchte ich nochmals ein Blick in die Vergangenheit werfen. Wenn es im 19. Jahrhundert in einigen Staaten Europas zu einem ausgeprägten nationalen Protektionismus kam, so war dies auch damals die Folge einer Globalisierungswelle. Der Protektionismus betonte Solidarität - als nationale Solidarität, und sie verstärkte sich später in der Zeit des ersten Weltkrieges. Aus dieser Konstellation des 19. Jahrhunderts haben sich zwei Entwicklungen ergeben, die sich gegenseitig widersprechen. Auf der einen Seite war es der Beginn der nationalen Sozialversicherungen, die zu mehr sozialer Gleichheit beitragen sollten. Auf der anderen Seite aber waren es die identitären Gleichheitsvorstellung mit den bekannten Folgen. Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie kann Erkenntnisse vermitteln.

Ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, die beiden Begründungen der Europagegnerschaft getrennt zu betrachten und sie voneinander zu unterscheiden. Jener Europakritik, welche durch globalisierungsbedingte Ängste hervorgerufen wird, kann man begegnen, indem man versucht, die sozialen und ökologischen Negativ-Konsequenzen der Globalisierung zu mildern. Dies ist durchaus möglich, eventuell unter vorübergehender Inkaufnahme gewisser Wettbewerbsnachteile. Anders verhält es sich mit der fundamentalen Europafeindlichkeit derjenigen, welche Politik nur im Feind-Freund-Modus verstehen wollen. Sie basiert auf einer Art absoluter Wahrheit, die nicht widerlegt werden kann, weil sie nicht widerlegt werden will. Meistens verrät sich ein solches fundamentales Denken in der Form der Verteufelung. Der Feind wird nicht nur als gefährlich dargestellt, sondern schlicht als unansprechbar. Damit soll vermieden werden, dass man überhaupt mit ihm ins Gespräch kommen könnte. Er ist zum vorneherein ein Nicht-Gesprächspartner. Demokratie hat aber mit Aushandlung zu tun, Aushandlung zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Ansichten. Die fundamental europafeindliche Position ist deshalb zutiefst undemokratisch, weil sie sich mit anderen Meinungen gar nicht mehr auseinandersetzen will. Für jene andere Europakritik, die aus globalisierungsbedingten Ängsten hervorgeht, ist das überhaupt nicht der Fall. Mit Vertretern dieser politischen Ausrichtung lässt sich durchaus verhandeln und nach konstruktiven Kompromissen suchen.

Mit der Verteufelung komme ich abschliessend auf die Begriffe zurück, wie ich sie eingangs kurz nachgezeichnet habe, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit,

heute Solidarität. Freiheit muss immer noch - und heute wieder vermehrt - zusammen mit Gleichheit gesehen werden. Gleichheit ist ein wandelbarer Begriff, schon historisch, aber auch heute. Nachdem der Begriff in der Französischen Revolution vor allem politische Bedeutung hatte, kam im 19. Jahrhundert die ökonomische Bedeutung hinzu. Der Übergang in - wie wir heute wissen gefährliche - identitäre Gleichheitsvorstellungen im 20. Jahrhundert macht deutlich, dass auch heute um das Verständnis der Gleichheit immer wieder gerungen werden muss. Das nötige Mass an *ökonomischer* Gleichheit, das den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet, muss immer wieder neu ausgehandelt werden. Es ist ein ständiger Annäherungsprozess, in welchem neu entstehenden Ungleichheiten aufgefangen werden. Die *politische* Gleichheit schlägt sich in den Verfahren der demokratischen Aushandlung nieder. Im Zusammenhang mit der fundamentalen Europafeindlichkeit ist es vor allem wichtig, die Gleichheit gegen identitäre Angriffe zu verteidigen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war dies selbstverständlich. Heute, sieben Jahrzehnte später, ist es nicht mehr so präsent. Deshalb lohnt es sich darauf hinzuweisen, dass im heutigen Geschehen gefährliche Elemente von damals durchaus wieder präsent sind.

Die Verteufelung anderer Menschen, wie sie die bevorzugte Methode fundamentaler Europafeinde darstellt, ist nicht vereinbar mit der alten Brüderlichkeit, die man heute als Solidarität bezeichnet und die man als solche in den europäischen Verträgen vielfältig verbrieft hat. Verteufelung spricht den so qualifizierten Personen oder Personengruppen das "Mensch-Sein" ab. Verteufelung negiert politische Gleichheit und negiert damit die Demokratie, welche nicht ausgrenzt, sondern unterschiedlich denkende Menschen in einem Aushandlungsprozess zusammenführt. Vielleicht würde es sich lohnen, mit jenen Europegegnern, deren Argumente vorwiegend globalisierungskritisch sind, auch über die so ganz anders begründete fundamentale Europafeindlichkeit und deren Wurzeln zu sprechen. Ich könnte mir vorstellen, dass einige von Ihnen auf diese Problematik ansprechbar sind, auch wenn man dafür nicht bis zu den Grundwerten der Französischen Revolution zurückgehen muss.

¹ zit. nach Pierre Rosanvallon, Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg 2013, S.33

² daselbst S. 56

³ Julius Fröbel, System der socialen Politik, Zweite Auflage der „Neuen Politik“, Zweiter Theil, Leipzig 1850, S.95/96

⁴ daselbst S.108/109

⁵ Jürgen Habermas, Ist der Herzschlag der Revolution zum Stillstand gekommen? Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit?, in: Forum für Philosophie Bad Homburg, Die Ideen von 1789 in der deutschen Rezeption, Frankfurt am Main 1989, S.7-36, hier S.20